



Niederschrift 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.05.2011
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
-----------------------	---------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:35 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	Teilnahme ab 19:00 Uhr
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Christina Wolf	SPD	Teilnahme bis 19:00 Uhr für Frau Dr. Orłowski
---------------------	-----	---

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Frau Kathleen Krause	SPD	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Beate Kruczek	FDP	
Frau Inge Stab	Grüne/B90	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Herr Dietmar Weiberlenn	FB Schule und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Dirk Albrecht	GB 2

Herr Dieter Lehmann	Stadterneuerung
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	FB Öff. Weiterbildung
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Sven Westphal	Deutscher Alpenverein
	Sektion Potsdam
Frau Carmen Lehmann	FB Schule und Sport
Herr Alexander Engel	FB 32
Frau Anke Lehmann	Die Andere
Frau Sabine Papenfuß	Elternvertreterin
	Grundschule am
	Priesterweg
Frau Ina Böhme	Elternvertreterin
	Grundschule am
	Priesterweg
Herr Werner Lindner	SL Käthe-Kollwitz-
	Oberschule
Frau Jana Haase	PNN
Frau Claudia Krause	MAZ

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Florian Engels	SPD	entschuldigt
Herr Frank Prinz-Schubert	Die Andere	nicht anwesend

Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.04.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Kampfmittelberäumung
bzgl. DS 07/SVV/0036 und DS 11/SVV/0293
- 4 Brief des Lehrerrates der Fontane Oberschule vom 21.03.2011
- 5 Inklusion Bildung
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0257

- Gruppe Die Andere
- 6.2 Wohnortnahe Beschulung während der Sanierung
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0369
FB Schule und Sport
- 6.3 Schulstandort Ernst-Haeckel-Straße
Vorlage: 11/SVV/0358
FB Schule und Sport
- 6.4 Anpassung Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 11/SVV/0189
Fraktion FDP
- 6.5 Gesamtschule am Standort Schilfhof
Vorlage: 11/SVV/0338
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Abschlussbericht Initiative Schulesen
- 7.2 3. Jahresbericht des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.04.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es liegen zwei Anträge auf Rederecht vor. Zu TOP 6.1 für Herrn Westphal vom Deutschen Alpenverein und zu TOP 6.2 für Frau Böhme, Elternvertreterin der Grundschule am Priesterweg. Unter TOP Sonstiges sollen auf Antrag von Herrn Wollenberg Informationen zum Baugeschehen der Griebnitzseeschule und ein Sachstand zu ÖPP gegeben werden. Weiterhin wolle man sich zur Aktion Unterstützung von Privatschulen und zum Brief des Lehrerrates der Comenius Schule verständigen.

Frau Kruczek bittet unter diesem TOP um Informationen zum Campus Eisenhartschule.

Die Ausschussmitglieder bestätigen die Rederechte und die erweiterte

Tagesordnung. Die Niederschrift der 28. Sitzung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 **Kampfmittelberäumung
bzgl. DS 07/SVV/0036 und DS 11/SVV/0293**

Herr Menzel erklärt, dass er im Zusammenhang mit der Munitionsbergung an der Lenné Schule eine Kleine Anfrage gestellt habe, deren Beantwortung durch die Verwaltung für ihn nicht zufriedenstellend sei. Bei der Beantwortung wurde lediglich auf das Verfahren hingewiesen. Er möchte über den Stand der Dinge informiert werden und bittet darum, mit der Niederschrift einen Artikel aus der Ausgabe Baukammer Berlin 1/2011 an die Mitglieder des Bildungsausschusses auszureichen.

Herr Engel erklärt, dass Potsdam und das Zentrum der Stadt ein kampfmittelbelastetes Gebiet seien. Man betreibe die systematische Kampfmittelsuche nach einem Budget, welches aus Landesmitteln bestehe und auf deren Vergabe man nicht wirklich Einfluss habe. Seit 2006 wurden ca. 6 Mio. € für Potsdam verwendet. Es gebe einen Plan entsprechend der Priorität gemäß DS 07/SVV/0036. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage 11/SVV/0293 wurde das Verfahren erläutert. Er verweist auf den Antrag 11/SVV/0393, welcher auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung steht. Wenn dieser beschlossen wird, werde man ihn in Form einer Mitteilungsvorlage beantworten und so genau wie möglich auf die einzelnen Objekte eingehen sowie Kosten auführen.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 **Brief des Lehrerrates der Fontane Oberschule vom 21.03.2011**

Das Antwortschreiben des Staatlichen Schulamtes auf den Brief des Lehrerrates der Oberschule Theodor-Fontane wurde in Vorbereitung der Sitzung an Ausschussmitglieder ausgereicht.

Herr Schröder erteilt Herrn Dörnbrack das Wort.

Herr Dörnbrack gibt grundsätzlich zu bedenken, dass auffalle, dass sich der Ausschuss für Bildung und Sport mit Schreiben von Lehrkräften befasse. Hier gebe es klare gesetzliche Regelungen und Zuständigkeiten. Die Außenvertretung der Schule habe die Schulleitung wahrzunehmen. Für die Zukunft bittet er darum, die Schulleitung einzubeziehen bzw. um Stellungnahme zu bitten. Er geht auf die einzelnen Fragen ein, wobei die erste Frage in den Verantwortungsbereich des Schulträgers fällt.

Herr Schröder verweist auf das Selbstbefassungsrecht des Ausschusses. Die Lehrervertreter haben ihr Anliegen in der letzten Sitzung vorgetragen. Der

Ausschuss habe dies als Hilferuf verstanden. Eventuell gebe es einen Informationsverlust und man sollte schauen, wo dieser liege. In der Sitzung am 19.04.2011 habe man den Punkt zurückgestellt, weil Herr Dörnbrack nicht zur Verfügung stand. Es wäre gut, wenn man Probleme, die an den Ausschuss herangetragen werden, gemeinsam mit Schulträger und Staatlichem Schulamt aussteuern könnte.

Frau Engel-Fürstberger meint, der Brief mache deutlich, dass sich Lehrer überfordert fühlen. Das gleiche Problem hätten Schulleiter und Eltern. Das sei sicher der Tatsache geschuldet, dass unterschiedliche Zuständigkeiten bestehen. Sie möchte wissen, was Herr Dörnbrack empfehle.

Herr Dörnbrack erklärt, dass der Schulleiter verpflichtet sei, mit dem Kollegium zu sprechen um eine bestimmte Sachlichkeit zu wahren.

Frau Dr. Magdowski schlägt vor, Probleme zu bündeln. Man sei an einer guten Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt interessiert.

Frau Schummel möchte u.a. wissen, inwiefern die Verfasser des Briefes mit der Antwort zufrieden seien und ob die zugewiesenen 63 Lehrerwochenstunden ausreichen.

Herr Dörnbrack verweist auf bestimmte Zwänge. Das Staatliche Schulamt sei bemüht, die vom MBSJ zur Verfügung gestellten Mittel gerecht zu verteilen. Für gemeinsamen Unterricht werden z. B. Klassenfrequenzen gesenkt. Am Beispiel der Coubertin Oberschule erläutert er, dass der Sonderpädagoge andere Pädagogen anleitet und fortbildet. Auch andere Lehrer müssten sich der Aufgabe stellen. Der Sonderpädagoge müsse andere Lehrkräfte mitnehmen. Mit der Schulleitung der Fontane Oberschule wurde ausführlich gesprochen.

Herr Wollenberg bringt sein Unverständnis zu dem Gesagten zum Ausdruck. Man solle differenzieren, was möglich sei und wie die Realität aussehe. Man sollte überlegen inwieweit sich das Staatliche Schulamt gegenüber dem Land einsetze und sage man komme mit den Kapazitäten nicht klar. Das Problem werde auf dem Rücken der Schulleiter und Lehrer ausgetragen.

Herr Dörnbrack bittet darum, Inklusion und gemeinsamen Unterricht nicht in einen Topf zu werfen.

Frau Frevert sieht den Brief als Hilferuf, meint aber, der Schulrat wäre sicher zur Klärung in die Schule gekommen. Sie verweist darauf, dass in diesem Jahr dreimal so viele Schüler mit Förderbedarf auf die Schulen zu verteilen seien als im Vorjahr. Herr Dörnbrack habe sich darum bemüht, dass diese Verteilung gleichmäßig auf alle Schulen erfolgt. Sie bittet darum, diesen Weg beizubehalten. Bezüglich der Stundenzuweisungen sei es Sache der Politik, Druck zu machen.

Herr Schröder fragt, ob auch Förderschüler an private Schulen verteilt werden.

Herr Dörnbrack erklärt, dass dazu die Bereitschaft der freien Schule vorliegen müsse. Das Schulamt könne nicht zuweisen.

Herr Menzel führt aus, dass er Herrn Dörnbrack im Landeselternrat als engagierten Schulart erlebe. Den Eltern sei klar, dass das Staatliche Schulamt Mangel verwalte. Hier sei die Landesregierung in der Pflicht, aktiv zu werden. Er sei den Lehrern dankbar dafür, dass sie auf die Probleme hinweisen.

Es schließt sich eine weitere kurze Diskussion an.

zu 5 Inklusion Bildung

Herr Schröder schlägt vor, unter diesem TOP den Brief der Lehrer der Comenius-Schule zu behandeln.

Herr Weiberlenn informiert, Herr Häschel habe mitgeteilt, dass die Moderation der Arbeitsgruppe 2 „Bildung und Schule“, zur Umsetzung des Teilhabepaketes BRK von der Landeskoordinierungsstelle Schule Jugendhilfe-kobra.net übernommen werde. Kobra.net werde voraussichtlich darüber hinaus auch nach der Erstellung des Teilhabeplanes den Prozess „gemeinsames Leben und Lernen von Anfang an“ professionell begleiten. Der Träger werde für die Landeshauptstadt Potsdam unentgeltlich tätig und versuche die benötigten Mittel über die Aktion Mensch zu akquirieren. Die AG werde sich Ende Juni zu einem ersten Arbeitstermin treffen. Entsprechende Mitteilungen gehen an die Presse. Die für die AG vorgesehenen Teilnehmer werden vorzeitig von kobra.net und Herrn Häschel angesprochen. Der Behindertenbeirat sei wie auch bei allen anderen AG's beteiligt. Vorgesehen seien zunächst bis November drei bis vier Treffen von jeweils zwei Stunden. Herr Häschel sei bereit, das Prozedere in der Junisitzung näher zu erläutern. Frau Lehmann habe am 10. Mai 2011 an der Regionalkonferenz in Dallgow-Döberitz und er selbst heute an einer Beratung im MBS teilgenommen. Er informiert kurz über den Inhalt.

Frau Krause verweist darauf, dass die Peter Ustinov Stiftung Kommunen zum Thema Inklusive Schule berät. Bis zum 5. Juni könne man sich noch bewerben.

Herr Dörnbrack erklärt, dass er zum Brief der Comenius Schule mit dem zuständigen Schulrat, Herrn Schönicke gesprochen habe. Herr Schönicke war bei der Lehrerkonferenz in der Comenius Schule anwesend und habe die Bemessungszahl mitgeteilt. Das Verfahren wurde mit der Schulleiterin und den Lehrkräften besprochen.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse

Vorlage: 11/SVV/0257

Gruppe Die Andere

Herr Westphal erhält Rederecht und erläutert den Vorschlag des Deutschen Alpenvereins.

Herr Lehmann erklärt, dass es sich um ein Sanierungsgebiet handle. Für das Vorhaben spreche das Engagement des Alpenvereins in Verbindung mit der angebotenen Finanzierung und die Belebung des Standortes Schiffbauergasse. Die Stellungnahme des Entwurfsverfassers Parkhaus wäre zu prüfen. Aus Sicht des Sanierungsverfahrens sprechen u.a. folgende Punkte gegen das Vorhaben. Es gebe kein Budget für anfallende Begleitinvestitionen. Das Grundstück solle veräußert und bebaut werden. Die Stadt müsste den Ausgleich für den Verlust im

Haushalt 2013 finanzieren. Aus diesen Gründen sei eine weitergehende Prüfung des Antrages nicht gerechtfertigt. Ein Prüfergebnis sei keinesfalls, wie im Antrag vorgesehen, bis zur Stadtverordnetenversammlung im Juni vorzulegen.

Herr Richter bestätigt, dass die Argumente zum Grundstück realistisch seien. Er macht das Angebot, zusammen mit dem Alpenverein zu schauen, ob man ein Gebäude findet, um den Vorschlag an anderer Stelle umzusetzen.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Herr Schröder fragt nach der Zeitschiene für die vorgesehene Vermarktung des Grundstückes und bittet Herrn Westphal zu entscheiden, ob der Alpenverein bis Ende 2011 in die Kletterwand investieren möchte oder vom Vorschlag Abstand nehme und sich eine andere Lösung vorstellen könne.

Herr Westphal erklärt, dass man im Vorstand diskutiert habe, die Hälfte der Wand zu nutzen und auf die Gestaltung der Wand zu verzichten. Die Wand wäre dann nicht attraktiv und nach einem Jahr wäre die Nutzung beendet. Ob man das wolle, müsse man mit dem Verein diskutieren. Es sei schwer, in Potsdam eine Alternative zu finden.

Herr Schröder fragt Frau Lehmann für den Antragsteller, ob der Antrag aufrechterhalten werde, oder ob man ihn neu formulieren und das Angebot von Herrn Richter aufnehmen wolle.

Frau Lehmann hätte sich in diesem Ausschuss eine Diskussion aus sportfachlicher Sicht gewünscht. Sie bittet, den Antrag zurückzustellen um ihn neu zu formulieren.

Der Antragsteller stellt den Antrag zurück.

zu 6.2 Wohnortnahe Beschulung während der Sanierung

Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0369

FB Schule und Sport

Herr Schröder informiert, dass die Mitteilungsvorlage nicht den Elterninteressen entspreche. Er erteilt Frau Böhme Rederecht.

Frau Böhme erklärt, dass die Eltern eine wohnortnahe Beschulung wünschen. Auch die Absicherung des Bustransportes und die Busbegleitung bereite den Eltern Sorge. Es gebe Zweifel, ob durch die Auslagerung der Schule an den Schlaatz wirklich Kosten gespart werden. Bisher wurden keine Entscheidungen an die Eltern herangetragen und die Eltern durften sich bei der Lösungsfindung nicht einbringen.

Frau Dr. Magdowski empfiehlt, zukünftig bei jeder größeren Sanierungsmaßnahme eine Gegenüberstellung von interimistischen Kosten zur Gesamtlösung vorzunehmen. Bei der Grundschule am Priesterweg gebe es die Schwierigkeit, dass die Kosten nicht mehr in Relation zu den Baukosten stünden. In den letzten Monaten seien viele Standorte und Varianten geprüft worden. Im Ergebnis der Beratung vom 02.05.2011 wurde dem Fachbereich Schule und Sport mitgeteilt, dass die Lehrer eine Containerlösung im Wohngebiet, sowie die Beschulung am Schlaatz für möglich halten. Mit Herrn Klemm wurde besprochen, dass man keine Gesamtcontainerlösung hinbekommen werde. Der Bus solle

nicht wie ein Linienbus eingesetzt werden und es werde auch einen Bus für Nachzügler geben. Herr Klemm wollte für diese Lösung bei den Eltern werben.

Frau Böhme erklärt, das sei bei den Eltern anders angekommen. Herr Klemm habe den Busshuttle nicht favorisiert. Man sehe Probleme hinsichtlich der Aufsicht im Bus und mit dem Hort.

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Beschulung an einem Ort, wo gleichzeitig Turnhalle und Sportanlage vorhanden seien, schulorganisatorisch die vernünftigste Variante sei. Es gebe momentan keinen besseren Standort als das sanierte Schulgebäude am Schilfhof. Die Probleme der Eltern wolle man gern aufnehmen. Es sei angedacht, die Busse von 7.20 Uhr bis 7.45 Uhr kommen zu lassen und zu füllen. Dies werde von Begleitpersonen beaufsichtigt. Bei der Beratung war ein Vertreter des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie anwesend. Es sei klar, dass man mehrere Hortstandorte habe. Die angesprochenen Probleme halte er für lösbar, demgegenüber die Containervariante problembehafteter sei. Seitens der Schule wurde an den Fachbereich Schule und Sport die Bitte herangetragen, den Umzug in den Februarferien 2012 zu organisieren. Der KIS habe geprüft und hält dies für möglich. Für den Schilfhof gebe es den Beschluss eine Oberschule zu errichten. Laut Rücksprache mit dem Staatlichen Schulamt werde diese im nächsten Schuljahr nicht benötigt, so dass die Grundschule am Priesterweg das gesamte Gebäude nutzen könnte. Zu bemerken sei, dass die Sanierung Schilfhof mit KP II Mitteln erfolgte.

Herr Schröder möchte wissen, ob der KIS im Winter (Februar) anfangen zu bauen.

Herr Richter erklärt, dass man ursprünglich im Sommer beginnen wollte. Durch die EU-Ausschreibung wurde der Termin auf Oktober verlegt. Da man sich seit März mit den Eltern in der Diskussion befinde, wurde das Projekt auf Eis gelegt. Wenn es heute ein Ergebnis gebe, könnte im November/Dezember 2011 begonnen werden. Februar 2012 wäre bauphysikalisch machbar.

Herr Schröder möchte wissen, welche Maßnahmen seitens der Verwaltung vorgesehen seien, um die Eltern über den Arbeitsstand in Kenntnis zu setzen und die Maßnahmen zu kommunizieren. Der 600 T€ Containervariante der Eltern stehe die wirtschaftlichere Maßnahme von 350 T€ entgegen. Andere Gelder müssten bei der Schulsanierung weggenommen werden.

Frau Dr. Magdowski stellt fest, dass es viele Gespräche mit der Schule gegeben habe. Die Entscheidung stehe fest, dass man keine weiteren finanziellen Mittel einsetzen werde. Am 19.05.2011 fand das Gespräch im Fachbereich Schule und Sport mit der Schulleitung, dem KIS und dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie statt. Es werde einen Informationsabend mit Schule und Eltern geben.

In der weiteren Diskussion bittet **Herr Wollenberg**, die Unterlagen der Variantenprüfung und Kostenermittlung mit der Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Frau Böhme erklärt, dass die Kosten in den Raum gestellt wurden. Sie möchte wissen, was in den 350 T € enthalten sei.

Herr Weiberlenn bietet die Erläuterung an. Er stehe zur Verfügung, um die Probleme konstruktiv zu besprechen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Auslagerung aller Klassen der Grundschule am Priesterweg während der Sanierung an die Schule am Schilfhof zur Kenntnis. Der Umzugstermin wird im Februar 2012 sein.

zu 6.3 Schulstandort Ernst-Haeckel-Straße
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0358
FB Schule und Sport

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Genehmigung zur Errichtung einer 3- bis 5-zügigen Gesamtschule am Standort Haeckelstraße mit Bescheid des MBS vom 26.04.2011 vorliege. Frau Schmollack von der Voltaireschule hat der Aufgabe als Gründungslehrerin zugestimmt. Ein erstes Gespräch habe im Fachbereich Schule und Sport stattgefunden. Im Ergebnis gehe der Fachbereich Schule und Sport davon aus, dass die notwendigen Voraussetzungen vorliegen werden, um die Schule am 15. August 2011 planmäßig in der Haeckelstraße zu eröffnen.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass Frau Schmollack wisse, dass sie zwei Monate unter eingeschränkten Bedingungen arbeiten müsse.

Frau Schummel fragt, ob es eine gemeinsame Essenversorgung mit der Grundschule geben werde und ob der Grundschule Räume weggenommen werden.

Herr Weiberlenn bestätigt die Doppelnutzung für die Essenversorgung. Das sei schulorganisatorisch zu lösen. Der Grundschule werden keine Räume weggenommen.

Herr Menzel bittet darum, das Genehmigungsschreiben des MBS zu erhalten. Er verweist darauf, dass man das Aufwachsen der Sek. II im Auge haben müsse.

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Schule jetzt in Kooperation mit der Voltaireschule mit 3 Zügen starte. Die Kooperation solle den Aufbau der Sek. II in 4 Jahren beinhalten. Man sei sich dessen bewusst, dass eine Gesamtschule 5-zügig sein müsse. Deshalb müsse man im nächsten Jahr mit 5 Zügen fortsetzen.

Herr Menzel möchte wissen, was das für die Kapazität der Voltaireschule heiße.

Herr Weiberlenn verweist auf den Schulentwicklungsplan S. 143, wo einer 5-Zügigkeit zugestimmt wurde.

Frau Engel-Fürstberger möchte für die nächste Sitzung einen Tagesordnungspunkt „Information zur weiterführenden Schule im Potsdamer Norden“ anmelden.

Herr Wollenberg bittet die Verwaltung sich in absehbarer Zeit Gedanken über die Nachnutzung zu machen, wenn die Gesamtschule umziehe.

Herr Schröder erklärt, man müsse die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung im Auge haben.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage Schulstandort Ernst-Haeckel-Straße zur Kenntnis.

zu 6.4 Anpassung Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 11/SVV/0189
Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6.4 und 6.5 gemeinsam zu diskutieren. Sie habe die Antwort der Verwaltung, dass es nicht möglich sei eine Oberschule zu einer Gesamtschule umzuwandeln und möchte wissen, was in eineinhalb Jahren mit dem Standort Schilfhof passiere.

Herr Weiberlenn erläutert, dass der Schilfhof zwei Jahre durch die Grundschule am Priesterweg genutzt werde. Laut Schulentwicklungsplan (S. 143) werden alle Schulstandorte weiterführende Schulen benötigt. Man könne keinen Standort aufgeben. Das sei auch mit den vorliegenden Klassenzahlen stimmig. Außerdem dürfe man durch die Neugründung einer Gesamtschule keinen Oberschulstandort gefährden. Bei der Gründung einer Gesamtschule müsse auch sicher sein, dass die Sek. II errichtet werden kann. In diesem Jahr werden das Gymnasium Babelsberg mit 4 Klassen und die Gesamtschule Haeckelstraße mit 3 Klassen beginnen. Mit Neugründungen sollte man zunächst vorsichtig sein und das Ü 7-Verfahren im nächsten Jahr abwarten.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass sich diese Aussage mit den Erkenntnissen des MBS decke, die sich aus der Übersicht zum Ü 7-Verfahren vom 20.05.2011 ergeben. Sie wolle den Standort Gutenbergstraße für Mehrbedarfe sichern. Den Schulentwicklungsplan werde man aktualisieren.

Frau Engel-Fürstberger würde ein berufliches Gymnasium am Schilfhof begrüßen. Bei Oberschulen sei im nächsten Jahr nicht mit einer höheren Anwahl zu rechnen.

Herr Wollenberg sieht ein inhaltliches Argument gegen die Umwandlung von Oberschulen weil man Oberschulen stabilisieren wolle.

Herr Menzel spricht sich dafür aus, nach der Sommerpause über die Schulentwicklungsplanung nachzudenken und Inklusion zu berücksichtigen.

Herr Schröder erklärt, dass der gültige Schulentwicklungsplan mit einer Kapazität von 125 Prozent geplant sei. Andererseits stehe am Schlaatz eine halbe Schule leer. Inklusion sehe er sehr zurückhaltend und möchte kritisch damit umgehen.

Frau Dr. Orlowski warnt vor Spekulationen über Schülerzahlen und Anwahlverhalten.

Herr Wollenberg schlägt vor, die AG Schulentwicklung temporär aufleben zu lassen, um Vorschläge zu diskutieren.

Im Ergebnis der Diskussion verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu, die AG-Schulentwicklungsplanung wieder aufleben zu lassen und spätestens im November 2011 zu einer ersten Beratung einzuladen.

Frau Engel-Fürstberger erklärt den Antrag für den Antragsteller als erledigt.

zu 6.5 Gesamtschule am Standort Schilfhof
Vorlage: 11/SVV/0338
Fraktion DIE LINKE

Mit Verweis auf die AG-Schulentwicklungsplanung stellt **Herr Wollenberg** den Antrag als Antragsteller bis spätestens November 2011 zurück.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Abschlussbericht Initiative Schulessen

Der Abschlussbericht wurde an die Ausschussmitglieder ausgereicht.

Herr Gessner erläutert, dass eine Expertenrunde zu dem Thema beraten habe. Die erarbeiteten Empfehlungen wurden in dem vorliegenden Bericht zusammengefasst. Der Abschlussbericht wurde an die Schulen weitergereicht, die bis zum Schuljahresende eine Auswertung vornehmen. Wenn die Rückmeldungen der Schulen vorliegen, werde die Verwaltung erneut berichten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Abschlussbericht Initiative Schulessen zur Kenntnis.

zu 7.2 3. Jahresbericht des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass gerade rechtzeitig vor dem XIII. Deutschen Volkshochschultag (12./13. Mai 2011, Berliner Kongresshalle) der 3. Jahresbericht des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes erschienen sei. Nach Grußworten der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Dr. Martina Münch, und der Präsidentin unseres Verbandes, Sylvia Lehmann, MdL, enthalte der Bericht Auszüge aus dem Festvortrag von Frau Prof. Gieseke (Humboldt-Uni Berlin), den sie anlässlich des 20jährigen Bestehens des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes am 28. Mai 2010 im Plenarsaal der Landeshauptstadt gehalten habe.

Prof. Gieseke betonte u.a., die Volkshochschulen seien die „Spinnen im Netz der Bildungsorganisationen“. „Solange die Volkshochschule als Rückgrat für Daseinsvorsorge eine gewollte Institution der Länder ist, können sich drum herum andere Organisationen ergänzend... einklinken. Bildung im Erwachsenenalter ist dann nicht mehr nur an spezifische Interessen und wichtige Verwertungen gebunden, sondern stellt eine kommunal staatlich garantierte offene Gewährleistung dar.“ Im Folgenden gehe der Bericht auf den Weiterbildungspreis ein, der im Jahr 2010 an das Projekt „Prepare for your future“ vergeben wurde, das gemeinsam von der KVHS Dahme-Spreewald und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald umgesetzt werde. Innerhalb dieses Projekts bereiten sich Arbeitsuchende für eine künftige Tätigkeit im DL-Bereich des Großflughafens BBI vor. Die Broschüre gehe im Folgenden auf spezielle Projekte einzelner Volkshochschulen des Landes ein: Familienbildung an den Volkshochschule Potsdam-Mittelmark, Frankfurt/Oder und Märkisch-Oderland; Förderung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jungen Volkshochschule in Barnim, Seniorenbildung an der Volkshochschule Oder-Spree, Grundbildung für Erwachsene an der Volkshochschule Potsdam,

Integrationskurse an der KVHS Oberspreewald-Lausitz, Lernen mit Behinderung an der Volkshochschule Frankfurt/Oder oder Bildung für nachhaltige Entwicklung, Volkshochschule Dahme-Spreewald. Die Broschüre gebe Aufschluss über statistische Kennzahlen der brandenburgischen Volkshochschulen 2009/2010. Die Publikation informiert schließlich über die Struktur des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes, die Aufgaben seiner Geschäftsstelle sowie die Adressen der 20 Volkshochschulen des Landes.

zu 8 Sonstiges

Landesinitiative Unterstützung Privatschulen

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Kommune angesprochen wurde, wie man sich zu Privatschulen positioniere, die durch die Kürzung des Landes verunsichert seien. Sie habe keinen Zweifel daran gelassen, dass Privatschulen wichtig seien, dass man aber keine Gelder geben werde. Sie möchte wissen, inwieweit politisches Anliegen bestehe, Privatschulen zu unterstützen. Ihr Anliegen wäre, dass für alle Schulen, die die Stadt fördere, Evaluationskriterien gelten. Derzeit habe man bei städtischen Schulen eine Evaluation. Die Schulen seien jedoch nicht gezwungen, diese öffentlich zu machen.

Herr Menzel erklärt, dass für Schulen, die zustimmen, die Daten der Schulvisitation in den Schulporträts veröffentlicht seien. Alle Schulvergleichstests zeigen, dass die Ergebnisse der Privatschulen nicht so gut seien. Für Privatschulen gebe es keine Schulvisitation.

Frau Dr. Orlowski erklärt, dass man sich als Stadt positionieren könne, wenn man sich finanziell beteilige. Davor möchte sie jedoch warnen. Es gebe bisher keine gesetzliche Grundlage.

Herr Schröder informiert, dass man den Punkt auf die Tagesordnung genommen habe, weil es Elterninitiativen gebe, die um Unterstützung bitten. Er unterstütze den Gedanken der Visitation. Wenn das Land Geld gibt habe es auch Anspruch darauf Qualität zu kontrollieren. Es handle sich hier um eine Landesaufgabe.

Frau Engel-Fürstberger hält nichts von Controlling. Die einzige Evaluation seien für sie Zentralprüfungen.

Frau Schummel fragt, ob es Auswirkungen auf die Erhöhung der Elternbeiträge geben könne bzw. damit zu rechnen sei, dass Schüler an städtische Schulen wechseln.

Herr Schröder erklärt, dass es Eltern gebe, die sich freie Schulen leisten können und andere nicht. In staatlichen Schulen werden immer mehr schwache Kinder integriert. Inklusion werde zum Absinken des Bildungsniveaus führen. Es sei ein Landesthema, aber man müsse sich damit auseinandersetzen um Nachdenken in diese Richtung zu erreichen.

Baugeschehen Grundschule am Griebnitzsee

Herr Richter informiert, dass es zwischen Dezember und März einen Projektstopp gegeben habe. Man werde aber planmäßig in den Herbstferien umziehen.

Herr Wollenberg verweist darauf, dass es keine Baugenehmigung für die Turnhalle gebe und möchte wissen, ob die Komplettsanierung der Marienschule damit in Gefahr sei.

Herr Richter erklärt, dass laut Mitteilung der Bauverwaltung die Baugenehmigung heute erteilt worden sei. Das werde der Schulkonferenz heute mitgeteilt. Das Erzbistum werde einen neuen Ablaufplan erstellen.

Sachstand-ÖPP

Herr Richter informiert, dass die Angebote noch nicht vorliegen und der Abgabetermin noch einmal verschoben worden sei. Er rechne damit, dass man die Angebote Ende August habe. Danach werde eine Beschlussvorlage erarbeitet, die im Oktober der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werde.

Zur Eisenhartschule könne er nichts sagen. Er bittet Frau Kruczek den KIS anzurufen. Sie werde dann eine Antwort erhalten.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin